

Ein Bundeskanzler nimmt im Handstreich sein gesamtes Volk, über 84 Millionen Menschen, in Geiselhaft. Wie soll man eigentlich eine solche Maßnahme adäquat benennen? Darauf hat möglicherweise bereits vor über 60 Jahren ein anderer Kanzler eine recht plausible Antwort geliefert. Von **Leo Ensel**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

<https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/240801-Abgrund-von-Landesverrat-NDS.mp3>

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Hat Konrad Adenauer den [obigen Satz](#) wirklich Anfang November 1962 während einer turbulenten Bundestagsdebatte im Zusammenhang mit der sogenannten „Spiegel-Affaire“ geäußert? Oder hat er sich nicht vielleicht doch erst kürzlich anlässlich einer gewissen Ankündigung eines anderen deutschen Bundeskanzlers in Washington am 11. Juli 2024 via Klopffzeichen aus dem Jenseits gemeldet? Der Autor dieser Zeilen, Nichtjurist seines Zeichens, ist sich da keineswegs sicher.

Je mehr er darüber nachgrübelt, desto plausibler erscheint es ihm, dass der altbundesrepublikanische Ex-Kanzler diesen Satz eigentlich nur auf die aktuelle Situation gemünzt haben kann!

Denn wie soll man es anders benennen, wenn ein Bundeskanzler, der einen Eid abgelegt hat, Schaden von seinem Volk abzuwenden, im Handstreich beschließt, eben dieses Land und dessen gesamte Bevölkerung – mehr als 84 Millionen Menschen – in Geiselhaft zu nehmen, sprich: sie im Krisen- und erst recht im Kriegsfall zur Zielscheibe gegnerischer Präventiv- oder Vergeltungsschläge zu verwandeln? Und dessen smarte Außenministerin einen Verzicht auf eben diese Geiselnahme als „nicht nur verantwortungslos, sondern auch naiv gegenüber einem eiskalt kalkulierenden Kreml“ [bezeichnet](#)? Der stramme Kriegstüchtigkeitsminister das Volk [beschwichtigend](#) einlullt: die Gefahr, das Land drohe selbst zum Kriegsschauplatz zu werden, sei „blanker Unsinn“? Der Vizekanzler – wie die Außenministerin Mitglied einer einstmals friedensbewegten Partei, die vor vier Jahrzehnten gegen analoge Maßnahmen vehement protestierte – scheinbar verantwortungsbewusst [stammelt](#), Aufrüstung sei „erst mal nichts, mit dem ich mich leicht tue“, um dann mit sorgendurchfurchter Mine, stellvertretend für sein Volk (das es ausbaden muss), die bittere Pille tapfer zu schlucken und diesem verhängnisvollen Beschluss umgehend seinen Segen

zu erteilen? Und dann, eine Reminiszenz an das Altwählerklientel, das Valium – „Wir dürfen nicht dabei stehen bleiben, in Kriegsszenarien zu denken. Die Arbeit muss auf den Frieden gerichtet sein“ – postwendend nachliefert?

Kinderfragen eines Nichtjuristen.

Chapeau, dass jedenfalls ein gelernter Jurist, Alexander Unzicker, nun die Zivilcourage besitzt, solche Fragen einmal [grundsätzlich](#) vom Bundesverfassungsgericht klären zu lassen! Sollten immer mehr Menschen seinem Beispiel folgen und, jeweils an ihrem Platz, endlich anfangen, Sand ins Getriebe der sich ins Unermessliche steigenden Kriegsmaschinerie zu streuen, dann wäre unser Land vielleicht doch noch nicht verloren ...

Mit freundlicher Genehmigung [von Globalbridge](#).

Titelbild: Juergen Nowak/shutterstock.com